

---

**297/A(E) XXII. GP**

---

**Eingebracht am 03.12.2003**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Entschließungsantrag**

des Abgeordneten Grünewald, Sburny, Freundinnen und Freunde

betreffend Entwicklung und Umsetzung einer österreichischen Forschungsstrategie

Kürzlich schlug Finanzminister Grasser die Einführung von Steuererleichterungen für ausländische ForscherInnen zur Steigerung der Attraktivität des Forschungsstandorts Österreich vor. Einerseits ist es positiv, dass nun offenbar auch der Finanzminister den Ernst der Lage der österreichischen Forschungslandschaft erkennt. Andererseits kann sich die Attraktivierung der Rahmenbedingungen für ausländische SpitzenforscherInnen aber nicht auf die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten des Umzugs oder der Kinderausbildung beschränken. Die geplanten Steuerzuckerln ersetzen jedenfalls kein Forschungskonzept und ignorieren zudem die vielfach triste Situation inländischer ForscherInnen.

Wesentlich für die Verbesserung der Situation der österreichischen Forschungslandschaft sind keine wie von Finanzminister Grasser vorgeschlagenen „Peanuts“, sondern die Gewährleistung einer international üblichen mittelfristigen Planungssicherheit bei der Budgetierung der Forschungsförderung. Die von der Regierung kürzlich präsentierten neuen Forschungsgelder setzen sich zum überwiegenden Teil aus bereits jetzt schon vorhandenen Budgetmitteln und nur zu einem geringen Teil aus tatsächlich additiven Förderungsgeldern zusammen. Selbst der Technologiebericht der Bundesregierung zeigt eine Budgetlücke von 3,2 Mrd. Euro, um das Regierungsziel zu erreichen, die Forschungsquote auf 2,5% am BIP zu heben. Durch die vom Finanzminister angekündigten Maßnahmen wird diese Lücke jedenfalls nicht geschlossen und die Attraktivität des Forschungsstandorts Österreich nicht vergrößert werden.

Wer wie Bundeskanzler Schüssel im Rahmen des Reformdialogs am 5.11.2003 das Ziel formuliert, Österreich in Sachen Forschung auf Platz drei in der EU zu führen, der muss also ganz andere Maßnahmen setzen, als die vom Finanzminister vorgeschlagenen. Dazu fehlt allerdings eine umfassende Forschungsstrategie. Der „Nationale Forschungs- und Innovationsplan“ des Rates für Forschung und Technologieentwicklung könnte dazu als Ausgangspunkt dienen. Bis heute wurde dieser Plan allerdings weder von der Bundesregierung akzeptiert noch im Parlament diskutiert. Es ist aber nicht zuletzt auch angesichts der angespannten Konjunkturlage erforderlich, sich endlich mit einer umfassenden Forschungsstrategie zu

beschäftigen.

Dies ist auch deshalb prioritär, weil nun bereits angefangen wird, das am Reformdialog angekündigte Haus der Forschung zu errichten. Ohne erkennbare Strategie und ohne die Ergebnisse der Evaluierung von FFF und FWF, die den SteuerzahlerInnen immerhin 400.000 € kostet, abzuwarten, soll bereits Mitte Jänner der Gesetzesentwurf in Begutachtung gehen. Wenn sich die Regierung Schlüssel in ihrer Politik sonst immer an der Wirtschaft orientiert, so sollte dies auch dann passieren, wenn es wirklich sinnvoll ist. Die Struktur sollte also der Strategie folgen und nicht umgekehrt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, den „Nationalen Forschungs- und Innovationsplan“ öffentlich zu diskutieren, um endlich tragfähige Konzepte zur Forschungsförderung in höchst möglichem Konsens zu entwickeln und diesem auch die notwendige Verbindlichkeit zu geben.“

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen.*